

## In German, please

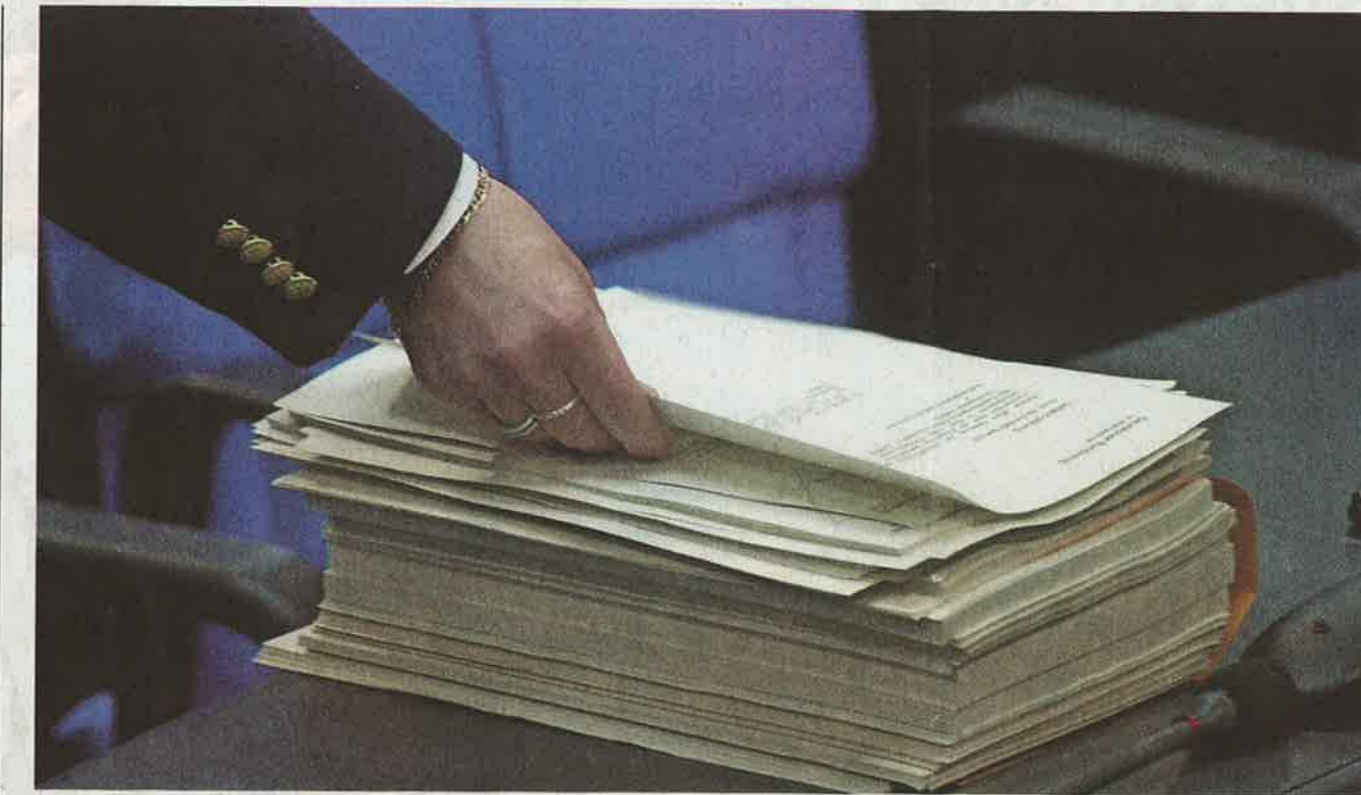
Deutsch ist in der EU die häufigste Muttersprache, trotzdem werden viele wichtige Dokumente in Brüssel nur ins Englische und ins Französische übersetzt. Den Bundestagsabgeordneten erschwert das die Arbeit. Sie wollen das nicht länger hinnehmen

VON ROBERT ROSSMANN

**Berlin** – Die Zahlen sind gewaltig. Genau 2 024 481 Seiten haben die Übersetzer der EU-Kommission im vergangenen Jahr in andere Sprachen übertragen. 330 Millionen Euro kostet die Arbeit der „Generaldirektion Übersetzung“ jährlich, fast 2500 Mitarbeiter arbeiten in der Behörde. Mit ihr hätte man vermutlich sogar in Babylon Frieden stiften können.

Dem Bundestag ist das aber nicht genug. Geht es nach den deutschen Abgeordneten, müsste in Brüssel noch mehr übersetzt werden. Denn trotz der Mühen der Generaldirektion erhalten die Berliner Parlamentarier viele EU-Dokumente immer noch nicht auf Deutsch. Bundestagsvizepräsident Johannes Singhammer ist deshalb für zwei Tage nach Brüssel gefahren, um mit den Verantwortlichen über die Nöte seiner Kollegen zu reden. „Der Anteil der Texte, die ins Deutsche übersetzt werden, sinkt sogar“, sagt der CSU-Politiker. Zunehmend würden „Dokumente zu einfachen Arbeitsdokumenten deklariert, die nicht mehr aus dem Englischen übersetzt werden müssen“. Das sei nicht akzeptabel, schließlich ginge es oft um wichtige Entscheidungen.

Der Vizepräsident hat dabei ein Votum des Bundestags im Rücken. Das Parlament hat vergangenes Jahr den Antrag „Deutsche Sprache fördern und sichern“ beschlossen. Darin beklagen die Abgeordneten die Zustände in Brüssel und Straßburg. Deutsch sei „die meistgesprochene Muttersprache in der Europäischen Union“, heißt es in dem Antrag. Außerdem sei Deutsch eine besonders weit verbreitete Fremdsprache. Insgesamt beherrsche deshalb jeder dritte EU-Bürger Deutsch. Trotzdem habe die Sprache „im täglichen Betrieb der EU und ihrer Kommissionen sowie im Wirken



Dicke Dokumente und dann auch noch auf Englisch – manche Abgeordnete verweigern da die Beratung.

FOTO: MICHAEL JUNG/DPA

der EU nach außen nicht die gleiche Bedeutung wie Englisch und Französisch“. Die Folge sei, „dass viele beratungs- und entscheidungsrelevante EU-Dokumente entweder gar nicht oder nur unvollständig in deutscher Sprache vorgelegt werden“. Der Bundestag forderte die Regierung deshalb auf, sich um eine „Gleichberechtigung des Deutschen als Arbeitssprache“ zu kümmern. Passiert ist seitdem aber praktisch nichts.

Auch deshalb hat sich Singhammer jetzt nach Brüssel aufgemacht. Dort hat er unter anderen die Generalsekretärin der EU-Kommission, Catherine Day, und ein Kabinettsmitglied von Kommissionschef José Manuel Barroso getroffen. „Anlass meiner Reise waren auch Meldungen, dass bei den Übersetzungsdiensten sogar gespart werden soll“, sagt Singhammer. Generalsekretärin Day habe ihm zwar versichert, dass das bei der Kommission derzeit nicht an-

stehe. Gleichzeitig habe er aber erfahren, dass dies beim EU-Parlament anders aussehe. Dieses wolle einen wissenschaftlichen Dienst aufbauen, für den Stellen aus dem Bereich Übersetzer genutzt werden sollen. Dadurch würden „künftig noch weniger Texte übersetzt“.

„Hier geht es nicht um Erbsenklauerei, welche Texte in welche Sprache übertragen werden“, sagt Singhammer. Viele Themen seien so komplex, dass man sie in

einer Fremdsprache nicht sicher verhandeln könne. Im Bundestag hätten „Ausschüsse bereits die Beratung über Vorlagen verweigert, weil sie nur in Englisch vorlagen“. Dies habe aber dann „leider zur Folge, dass Brüssel ohne deutsche Stellungnahmen Entscheidungen trifft“. Der Bundestag habe aber auch Probleme mit Texten, die übersetzt werden. Ein Beispiel sei der Fortschrittsbericht der EU-Kommission zur Türkei. Dieser sei Mitte Oktober in Englisch erschienen. Die – noch nicht mal autorisierte – deutsche Übersetzung habe es aber erst im Dezember gegeben, da sei die Debatte über den Bericht längst gelauten gewesen.

### 330 Millionen Euro gibt die EU-Kommission jährlich für Übersetzungen aus

Bei den europäischen Übersetzungsdiensten könne man „natürlich viel Geld sparen“, sagt Singhammer. Dadurch würden aber „Geist und Seele Europas beschädigt“. Schließlich brauche Europa „mehr Identifikation“. Diese gebe es aber nur, wenn die Verständigung auch in der eigenen Sprache möglich sei.

330 Millionen Euro sind viel Geld. Pro EU-Bürger kostet der Übersetzungsdienst der Kommission damit aber lediglich 65 Cent jährlich. Selbst wenn man den Aufwand bei allen europäischen Institutionen – also etwa dem EU-Parlament – zusammenzählt, kommt man nur auf zwei Euro.

In ihrem Koalitionsvertrag verlangen Union und SPD deshalb ohne Rücksicht auf die möglichen Kosten, dass in den europäischen Institutionen Deutsch endlich „auch in der Praxis den anderen beiden Verfahrenssprachen Englisch und Französisch gleichgestellt“ wird.